



Bundesweit fanden am 24.01.2020 verschiedene Veranstaltungen von „Fridays gegen Altersarmut“ statt. Die Zahl der Rentner, die in Deutschland als armutsgefährdet gelten, ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen und wird ungebremst zunehmen, denn wer heute z.B. Mindestlohn erhält, dem ist die spätere Altersarmut garantiert. Daher fanden bisherigen Kundgebungen auch in mehreren Städten die Unterstützung durch Mitglieder und Anhänger unserer Partei. Natürlich setzen wir diese thematische Unterstützung bei weiteren Veranstaltungen fort, denn gerade die Altersarmut wird eines der größten Probleme sein, die die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land künftig betreffen wird und oftmals schon jetzt erheblich wirtschaftlich beeinträchtigt.



Wir Republikaner wollen eine Reform oder eine Abschaffung der Gebühren für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Bereits in der Vergangenheit hat sich unsere Partei für eine Abschaffung stark gemacht und gegen die (früheren GEZ) Gebühren für die Einreichung einer Popularklage aktiv geworben. Die Abzockerei der Bevölkerung muss endlich ein Ende finden. Völlig überzogenen Gebühren und die damit u.a. beglichene fürstlichen Einkommen von Intendanten, dürfen nicht weiter auf dem Zwangsweg erfolgen. Finanziert wird aus unserer Sicht überwiegend ein politisches Staatsfernsehen, das gerne von den Altparteien genutzt wird, um gegen nonkonforme Vereinigungen zu agieren.

Zahl der Arbeitslosen steigt im Januar deutlich an

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Januar um fast 200.000 gestiegen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im Januar 2,426 Millionen Menschen ohne Job, 198.000 mehr als im Dezember und rund 20.000 mehr als im Januar 2019. Die Arbeitslosenquote stieg um 0,4 Punkte auf 5,3 Prozent.

Der Anstieg hat nach Angaben der Bundesagentur in diesem Jahr aber auch damit zu tun, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften im Vergleich zum Vorjahr deutlich nachgelassen hat – obwohl sie sich weiter auf hohem Niveau befindet. Der Statistik zufolge waren im Januar 2020 rund 90.000 offene Stellen weniger gemeldet als vor einem Jahr. Bei der Statistik sind solche Personen nicht berücksichtigt, die sich u.a. in einer sogenannten Maßnahme befinden, krank oder zu alt sind. Würden diese Gruppen hinzugerechnet, dann viele die Statistik deutlich negativer aus.

Coronavirus breitet sich weiter aus

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat nach der rasanten Zunahme von Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus in China eine „gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite“ ausgerufen. Damit sind konkrete Empfehlungen an Staaten verbunden, um die Ausbreitung über Grenzen hinweg möglichst einzudämmen. Obwohl die Zahlen der Infektionen außerhalb Chinas relativ gering seien, so WHO-Direktor Ghebreyesus, wisse man nicht welchen Schaden der Virus in einem Land mit einem schwachen Gesundheitssystem anrichten würde. Die WHO definiert einen Gesundheitsnotstand "Public Health Emergency of International Concern" (PHEIC), wenn ein "außergewöhnliches Ereignis" im

Bereich der öffentlichen Gesundheit von globaler Bedeutung vorliegt. Ein solcher Notstand liegt vor, wenn der Ausbruch einer Krankheit mehr als ein Land betrifft und eine international koordinierte Handlungsstrategie erforderlich ist.

Die Gesamtzahl der Coronavirus-Infizierten ist weltweit auf mehr als 8100 gestiegen. Das seien mehr Infizierte als beim Ausbruch der Atemwegserkrankung SARS in den Jahren 2002/2003. Die chinesische Provinz Hubei hatte zuvor 317 neue Fälle gemeldet. Bisher sind 170 Menschen an den Folgen gestorben. Betroffen ist inzwischen auch Deutschland. Im Großraum München müssen z.B. nun noch mehr Menschen zu Hause bleiben, weil sie womöglich das

Coronavirus in sich tragen. Das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit führt bereits 110 Personen auf der Liste derer, die "in häusliche Isolierung" sollen, wie das Gesundheitsministerium mitteilte. Am vergangenen Mittwoch waren es noch 80 Personen. Sie alle werden zugleich auf das Virus getestet. Bei den bereits erfolgten Laboranalysen bestätigte sich aber bisher noch kein weiterer Fall neben den vier bereits bekannten Corona-Patienten, die im Klinikum München-Schwabing liegen. Diese 17 neuen negativen Testergebnisse stammen alle von Personen, die bei Webasto arbeiten, die Untersuchung der restlichen Personen geht nun weiter.

Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

DIE
REPUBLIKANER **REP**

Staat verdient fast eine halbe Milliarde Euro an Rentnern

Der Staat nimmt immer mehr Steuern von Menschen in Rente ein. So dürften die Einnahmen durch zusätzliche Einkommensteuer durch die Rentenerhöhung in diesem Sommer um 420 Millionen Euro steigen. Bei der Schätzung geht das Ministerium von der bisher geschätzten Rentenerhöhung von 3,15 Prozent im Westen und 3,92 Prozent im Osten aus. Die Einkommensteuer von Steuerpflichtigen mit Renteneinkünften insgesamt dürfte demnach von 40,8 auf 42,9 Milliarden Euro ansteigen. Darunter fließen allerdings nur rund 3,5 Milliarden Euro von Steuerpflichtigen mit überwiegenden oder ausschließlichen Renteneinkünften an den Staat.

2015 waren rund 34,65 Milliarden Euro Einkommensteuer von Steuerpflichtigen mit Renteneinkünften an den Staat gegangen – davon knapp 1,3 Milliarden von Menschen, die ausschließlich oder überwiegend Rente bezogen. Die Zahl der steuerpflichtigen Rentner steigt kontinuierlich. Bis 2005 galt ein Freibetrag von 50 Prozent der Rente. Seitdem steigt die Besteuerungsanteil der Rente um zunächst jährlich zwei Prozentpunkte. Von 2040 an sollen gesetzliche Renteneinkünfte von Neurentnern komplett besteuert werden.

REP gegen Bündnis „Sichere Häfen“

Das Bündnis „Sichere Häfen“ besteht aus über 120 deutschen Städten und setzt sich für die schnellere und zusätzliche Aufnahme von Asylbewerbern ein, die auf dem Seeweg kommen. Dem Bündnis gehören auch Großstädte an, wie z.B. Düsseldorf. Um einfacher Migranten aufnehmen zu können, fordern Vertreter des Bündnisses u.a. eine Anpassung des Aufenthaltsgesetzes und mehr Mitspracherechte. Bei den aufzunehmenden Personen soll es sich um sog. unbegleitete, minderjährige Migranten handeln,

deren durchschnittliche Aufnahme rund 50.000 Euro jährlich pro Fall kostet. Der verwendete Begriff des „unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlings“ ist dabei nicht wörtlich zu nehmen. Nach offiziellen Angaben sind 43 Prozent dieser Personen bereits erwachsen sein. Ohne Eltern eingereiste Ausländer dürfen über das 18. Lebensjahr hinaus in der Jugendhilfe bleiben, falls Betreuer und Jugendämter einen besonderen Bedarf feststellen. Aus unserer Sicht wird durch dieses Bündnis eine unnötige Einwanderung gefördert und Kommunen weitere kostenintensive Unterbringungen auferlegt. Daher positioniert sich unsere Partei gegen das Bündnis in den jeweiligen Parlamenten.

Linksextreme Internetseite „Indymedia“ bleibt verboten

Nicht nur wir Republikaner, sondern auch die Deutsche Polizeigewerkschaft, haben das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts begrüßt, nach dem die linksradikale Internetplattform „Indymedia“ verboten bleibt. DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte zutreffend: „Die Internetseite war geprägt von Gewaltaufrufen und verfassungsfeindlichen Inhalten. Wenn konkret auf dieser Seite zu Gewalttaten gegen den Staat animiert wird, Bekennerschreiben dort veröffentlicht werden oder Anleitungen zum Bau von Molotowcocktails gegeben werden, so kann dies nicht mehr durch die Meinungs- oder Pressefreiheit gedeckt sein.“ Wendt: „Verabredungen und Aufrufe zu diesen Straftaten laufen auch über einschlägige Internetseiten. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass die Gerichte in unserem Land dem einen Riegel vorschieben.“

Wenn jetzt Politiker der Linkspartei die Pressefreiheit in Gefahr sehen, dann mangelt es ihnen an einem grundsätzlichen Verständnis für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Nachdem der Rechtsstaat jahrzehntelang auf dem linken Auge blind war, darf sich heute niemand wundern, dass sich hier eine staatsfeindliche Ansammlung von Chaoten formiert hat, die über kein Unrechtsbewusstsein verfügen.

Jetzt Republikaner werden Die Zeit ist reif



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität. **Hier gelangen Sie zum Mitgliedsantrag unserer Partei:** <https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

www.rep.de

DIE REPUBLIKANER

DIE REPUBLIKANER
REP

VERANSTALTUNGSKALENDER

Sehen Sie hier eine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen, z.B. 28.01 in Bruchsal, um 18.00 Uhr und 02.02.20, um 10.00 Uhr, in Wiesental. Weitere Informationen unter:0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Kissing:** Stammtisch, jeden ersten Montag. 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Kreisrat: Tel. 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Freitag im Monat, um 19.30 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.30 Uhr, Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Viersen:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Viersen. Infos unter: viersen@rep.de
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de
- **Vorpommern-Rügen:** Monatlicher Stammtisch. Infos unter mk@rep.de oder 01525-2905788

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**



Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER(REP)
 Postfach 140407
 40074 Düsseldorf

Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen: 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... / von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Beitrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10.00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband	Bezirksverband	Landesverband	Bundesverband	Datum EG
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	EDV
_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	_____ Unterschrift	Ausw.
				Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.